

Gehälter- und Einstellungsreport

Verwaltungsrecht, Umweltrecht und Agrarrecht:
Wer sucht, kann finden – auf den Menschen kommt es an

Text: Rechtsanwalt Dr. Nicolas Lührig

Die Anwaltschaft wächst und wächst. Mehr als 153.000 Anwältinnen und Anwälte gab es Anfang 2010. Zwar geben immer mehr Anwälte im Rentenalter ihre Zulassung zurück, aber noch immer gibt es einen Überhang: Unterm Strich ist die Anwaltschaft im vergangenen Jahr um 2.874 Anwältinnen und Anwälte gewachsen. Vor zehn Jahren waren es noch knapp 105.000 Anwältinnen und Anwälte. Wohin das führt? Der Wettbewerb unter Anwälten nimmt immer noch zu. Kanzleigründungen werden schwerer – und der Einstieg als angestellter Anwalt in eine eingeführte Kanzlei nicht leichter. Dazu kommt: Die Spannbreite der Gehälter reicht inzwischen von gerade einmal 21.000 Euro bis zu knapp 100.000 Euro. Top-Absolventen (ideal: zwei Prädikatsexamen, Fremdsprachen, LL.M. oder Doktor) haben noch immer Chancen – wer das aber nicht bieten kann, muss seine Nische suchen.

Die Krise ist noch nicht vorbei: Kanzleien stellen kaum ein

Der 7. Gehälter- und Einstellungsreport zeigt zwei Trends: Die Krise ist noch nicht vorbei und es menschelt im Bewerbungsverfahren – oder anders ausgedrückt: Noten sind nicht mehr alles.

Die schlechteste Nachricht für die Absolventen des zweiten Staatsexamens: Die von Anwaltsblatt Karriere befragten Kanzleien sind bei Einstellungen in diesem Jahr extrem zurückhaltend. Im Verwaltungsrecht wollen nur 14 Prozent der Kanzleien einen Verwaltungsrechtler einstellen. Immerhin rund 30 Prozent der Kanzleien planen, in anderen Rechtsgebieten einzustellen. 2008 hatten dagegen noch rund zwei Drittel der Kanzleien eingestellt. Optimistischer sind die Umweltrechtler. In diesen Rechtsgebieten suchen immerhin rund ein Viertel der Kanzleien Nachwuchs. Bemerkenswert: Die Kanzleien im Umweltrecht scheinen auch in anderen Rechtsgebieten erfolgreicher zu sein. Hier will rund die Hälfte der Kanzleien in 2010 einstellen. Aus dem Trend bricht nur das Agrarrecht aus. Die Aufwertung des Rechtsgebiets zur 20. Fachanwaltschaft im vergangenen Jahr scheint neue Stellen zu schaffen. Zwar suchen nur 20 Prozent der befragten Kanzleien, aber 2008 lag der Wert noch bei zehn Prozent.

Und auch sonst ist das Agrarrecht die Überraschung des Reports: Die Dauerkrise der Landwirtschaft scheint den Anwälten – jenseits sonstiger Kriseneinflüsse – einen bundesweit recht einheitlichen Markt zu sichern. Mit Pachtrecht, Erbrecht, Gesellschaftsrecht und dem Klassiker des Tierkaufs kommen die Kanzleien gut über die

Die Reports von Anwaltsblatt Karriere

Die Nischen werden im umkämpften Markt der Anwälte immer wichtiger. Das macht das Verwaltungsrecht besonders deutlich. Die Fachanwaltschaft zerfällt längst in viele Facetten: Das reicht vom Ausländerrecht über Kommunalrecht bis zum Verkehrsrecht. Als besonders lukratives Gebiet gilt das Umweltrecht, zu dem inzwischen nicht nur die öffentlich-rechtlichen, sondern auch zivil- und strafrechtlichen Fragen gehören. Seit 2009 als 20. Fachanwaltschaft mit dabei ist das Agrarrecht. Dieses Rechtsgebiet wurde immer schon von vielen Anwälten belächelt. Die Adellung zur Fachanwaltschaft hat aber gezeigt: Die Landwirtschaft und die Nahrungs- und Futtermittelindustrie sind interessante Branchen – und das Agrarrecht ist mit dem Pachtrecht, dem Erbrecht, dem Gesellschaftsrecht, dem europäischen Marktordnungsrecht und dem Strafrecht (Subventionsbetrug) mehr als ein Anhängsel des Verwaltungsrechts. Der siebte Einstellungs- und Gehälterreport greift das Verwaltungsrecht, das Umweltrecht und das Agrarrecht auf: Wo hat der Nachwuchs eine Chance? Was erwarten Kanzleien? Was zahlen sie für qualifizierte Bewerber? Bisherige Einstellungs- und Gehälterreports: Arbeitsrecht, Bank- und Kapitalmarktrecht, Erbrecht, Familienrecht, Immobilienrecht (mit Baurecht, Mietrecht und Vergaberecht), Insolvenzrecht, IT-Recht, Medizinrecht, Regionale Topkanzleien, Sozialrecht, Steuerrecht, Strafrecht, Syndikusanwälte, Urheber- und Medienrecht, Verkehrsrecht

**Alle Reports sind abrufbar unter
www.anwaltsblatt-karriere.de**

Die siebte Umfrage

Der Einstellungs- und Gehälterreport von Anwaltsblatt Karriere in diesem Heft beruht auf einer Umfrage bei mittelständischen Kanzleien, bei Großkanzleien sowie Recherchen der Redaktion. Insgesamt wurden 215 mittelständische und 19 Großkanzleien befragt.

Die Resonanz war bei den im öffentlichen Recht tätigen Anwälten schlechter als in anderen Rechtsgebieten. Während bei den Agrarrechtlern rund drei Viertel aller Anwälte mitmachen (ein üblicher Wert), waren es im Verwaltungsrecht und Umweltrecht nur rund die Hälfte. Diese Hälfte war aber dann – zur Überraschung der Redaktion – umso auskunftsfreudiger, wie die Antworten auf die offenen Fragen der Umfrage zeigen. Das könnte Indiz für eine Zweiteilung im Markt sein: Auf der einen Seite eher konservative, auf der anderen eher progressive Kanzleien. Dafür spricht, dass gerade im Verwaltungsrecht viele Anwältinnen und Anwälte Auskunft gegeben haben, die noch keine zehn Jahre zugelassen sind (rund 45 Prozent). Vielleicht ist es aber auch nur ein Zeichen dafür, dass manche Kanzlei das Thema der Gewinnung von geeignetem Nachwuchs noch nicht als Problem erkannt hat. Da sind die Großkanzleien weiter: Offen wie immer gaben sie bereitwillig Auskunft.

Die Großkanzleien erhielten einen Fragebogen. Mit den mittelständischen Kanzleien wurden zwanzigminütige Telefoninterviews geführt. Gesprächspartner waren Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die über einen örtlichen Anwaltverein Mitglied im Deutschen Anwaltverein sind. Die Gesprächspartner wurden aus dem Bestand der Deutschen Anwaltsadresse aufgrund ihrer Tätigkeitsgebiete ausgewählt. Im Verwaltungsrecht und Agrarrecht wurden vor allem Mitglieder aus den Arbeitsgemeinschaften Verwaltungsrecht auf Länderebene sowie der Arbeitsgemeinschaft Agrarrecht ausgewählt. Es wurden nur Anwälte befragt, die nachhaltig im jeweiligen Rechtsgebiet tätig sind. Das erklärt, warum in der Umfrage im Verwaltungsrecht und im Umweltrecht Sozietäten (mehr als 90 Prozent) dominieren. Ausnahme war das Agrarrecht: Hier waren fast 40 Prozent der befragten Anwälte als Einzelanwälte tätig. Die Ergebnisse der Umfrage wurden durch Recherchen der Redaktion bei Anwältinnen und Anwälten überprüft, die in örtlichen Anwaltvereinen, in den Landesverbänden, den Arbeitsgemeinschaften oder im Vorstand des Deutschen Anwaltvereins aktiv sind.

Runden, wie ein Agrarrechtler aus Münster berichtet. Dazu kommen die Spezialisten für Marktordnungsrecht und das Strafrecht. Subventions- und Abgabebetrag ist für die landwirtschaftlichen Erzeuger immer wieder ein Thema. Umweltdelikte – wie Gülle in den Gräben leiten – sind dagegen eher zurückgegangen, wie ein Anwalt berichtet. Attraktiv dagegen ist das Umweltrecht im großen Stil, vor allem wenn es um Investitionsvorhaben geht wie bei Kraftwerken.

Was die Kanzleien jenseits von Noten wollen: Charakter

Die wenigen freien Stellen beschleunigen einen Trend, der sich schon im 6. Gehälter- und Einstellungsreport abzeichnet. Die Kanzleien schauen bei den Kandidaten zwei Mal hin, bevor sie ein Angebot machen. Jenseits aller harten Einstellungsvoraussetzungen werden als wichtige Kriterien genannt: „Umgehen mit Menschen“, „Menschlichkeit“, „Menschenkenntnis“, „soziale Kompetenz“, „menschliche Komponente“, „Charakter“ oder „emotionale Intelligenz“. Auch hoch im Kurs: Auftreten, Sympathie und Teamfähigkeit. Dazu passt eine zweite Auffälligkeit: Die Kanzleien in allen drei Rechtsgebieten suchen vor allem zukünftige Partner. „Mir ist ein unternehmerisch denkender Anwalt – oder ein Anwältin – wichtig, die in das Kanzleigefüge passt“, sagt ein Umweltrechtler aus Stuttgart.

Die soften Faktoren werden aber nur wichtig, wenn auch der Rest stimmig ist. Die härtesten Anforderungen haben die – allerdings auch am besten zahlenden – Umweltrechtler. Bei rund 80 Prozent der befragten Kanzleien ist das Bewerbungsverfahren mit einem „ausreichenden“ Examen beendet. Im Verwaltungsrecht liegt der Wert bei 35 Prozent, im Agrarrecht bei 40 Prozent. Nur im Umweltrecht hilft der Dokortitel noch richtig weiter. 60 Prozent der Kanzleien halten ihn für „wichtig“ oder „sehr wichtig“. „Für Mandanten aus dem Bereich der öffentlichen Hand ist der Titel nach wie vor ein Qualitätsausweis“, sagt ein Umweltrechtler aus Hamburg – „und wenn die öffentliche Hand auf der Gegenseite steht, hilft er auch.“ Solche Kanzleien erwarten dann auch zwei Prädikatsexamen (und zahlen fast wie die Großkanzleien). Bei den Agrarrechtlern wünschen sich dagegen rund 60 Prozent der befragten Kanzleien eine einschlägige Station im Referendariat. 40 Prozent schätzen einen Fachanwaltslehrgang. Ganz ohne Noten geht es aber auch nicht: Rund 50 Prozent ist ein Doppelpredikat „wichtig“ oder „unwichtig“. Keine Rolle im Verwaltungsrecht, im Umweltrecht und im Agrarrecht spielt der LL.M. Kaum eine Kanzlei hält ich für „wichtig“ oder „sehr wichtig“. Die meisten Mandanten der Kanzleien können mit diesem Titel sowieso nichts anfangen.

Das Gehalt spiegelt die Erwartungen der Arbeitgeber wider

So individuell die Bewerberauswahl ist, so individuell wird auch das Einstiegsgehalt gefunden. Immer mehr Kanzleien geben nur eine Spannbreite für das Gehalt an. Wer bei den Einstellungsvoraussetzungen flexibel ist, erwartet das auch von Kandidaten bei der Gehaltsverhandlung. „Jeder Bewerber sollte sich klar sein, dass das Gehalt, das ihm angeboten wird, auch die Erwartungen in ihn widerspiegeln“, sagt ein Verwaltungsrechtler aus Tübingen. Im Klartext: Wer viel Geld bekommt, muss auch schneller mehr Geld in den Sozietätstopf einspielen. Mit variablen Gehaltsbestandteilen wie Prämien und Umsatzbeteiligung arbeiten rund ein Drittel der Kanzleien im Verwaltungsrecht und im Agrarrecht sowie die Hälfte der Kanzleien im Umweltrecht. Auf jeden Fall gilt: Wer zukünftige Partner sucht, schaut auch nach dem Berufsstart genau auf den Nachwuchs. „Das Angebot einer Kanzlei für eine Stelle ist nur der Anfang“, sagt eine Verwaltungsrechtlerin aus Berlin. //